

Kampf um Recht auf Unterricht

Aktive der Flüchtlingshilfe verweisen auf Defizite / Jasmin Sahin startet Schule

Viele Wochen, wenn nicht gar Monate ohne Schulbesuch – und zwar unabhängig von Ferien: Ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern bereitet es Sorgen, dass den Kindern in der Karlsruher Landeserstaufnahmestelle (LEA) und ihren diversen Außenstellen kein regulärer Unterricht ermöglicht wird.

Dies war noch nie anders. Dennoch sehen die freiwillig Aktiven nun Grund zum Handeln: Als nach der Schließung der Balkanroute deutlich weniger Asylsuchende in Deutschland eintrafen, blieben viele von ihnen länger als bisher üblich in den Erstaufnahmestellen, weil so der Druck auf Kommunen außerhalb abgemildert werden sollte (die BNN berichteten). „Das bedeutet, dass für den verlängerten LEA-Aufenthalt keine Schulpflicht besteht“, erklärt der in der Flüchtlingshilfe aktive Kultstadtrat Lüppo Cramer, der sich in der Sache nun an Schulbürgermeister Mar-

tin Lenz wandte. „Wir Ehrenamtlichen in den einzelnen Unterkünften stellen verstärkt fest, dass diese Kinder kaum einer festen Tagesstruktur unterliegen“, so Cramer. Und von Helfern aus dem Landkreis höre man, dass die Kinder bedingt durch ihre Flucht und die lange Verweildauer in der LEA schwer wieder in feste Strukturen in den Gemeinschaftsunterkünften und im Schulunterricht zurückfänden.

Diesen Umstand könnten die freiwilligen Helfer, die beispielsweise spielerischen Deutschunterricht anbieten, nicht auffangen. Darum sei es dringend geboten, in Karlsruhe Schulen zu finden, die sich im Umfeld der beiden

LEAs Durlacher Allee, Felsstraße sowie den Außenstellen und Notunterkünften befinden, um den Kindern dort einen Schulbesuch zu ermöglichen, fordert Cramer.

Auch wenn die Stadt Karlsruhe das LEA-Privileg hat und eigentlich nicht zuständig ist für Flüchtlingskinder, die sich hier aufhalten, solle sich Lenz doch der Sache annehmen.

Im zuständigen Regierungspräsidium (RP) ist man mit der Thematik durchaus vertraut. Allerdings betont eine Sprecherin, dass die Verweildauer in den LEAs inzwischen wieder kürzer sei und im Schnitt einen Monat betrage. Bei der zentralen Registrierstelle in

Heidelberg liege man gar bei einer Woche. Insofern sei es kaum möglich, dass Flüchtlingskinder reguläre Schulklassen besuchen. Selbst der Besuch von bereits bestehenden Vorbereitungsklassen lohne nicht, dafür müssten die Kinder „zuverlässig länger da sein“. Überhaupt sei die Beschulung keine primäre Aufgabe, die die LEA leisten müsse.

Rechtlich ist es so, dass die Schulpflicht der Flüchtlingskinder in Baden-Württemberg für sechs Monate nach der Einreise ausgesetzt ist. Werden die Familien in andere Unterkünfte außerhalb der LEA transferiert, können die Kinder die Schule besuchen, sechs Mo-

nate nach ihrer Ankunft in Deutschland müssen sie es. „Für alle Kinder, die in Einrichtungen der LEA untergebracht sind, besteht keine Schulpflicht, aber das Recht auf einen Schulbesuch“, meint hingegen Cramer.

Das RP betont, man sei froh über die Kurse, die die ehrenamtlichen Helfer in den Unterkünften ermöglichen. Das unterstütze man gerne.

Und absehbar kommt ein weiteres neues Angebot hinzu: Jasmin Sahin will mit ihrem Kinderhilfswerk „Uneson – United social Network“ und dem Diakonischen Werk das Projekt „Lernfreunde“ starten. Zum 1. September sollen dann zwei Schulklassen mit jeweils 25 Kindern ganztags spielerisch unterrichtet werden. Die Diakonie stellt zwei Stellen, Jasmin Sahin kümmert sich um Räume, Ausstattung und alles Weitere – finanziert über Spenden. Tina Kampf